

Jiang Zemin, der den Präsidenten Djiboutis ebenfalls empfing, betonte, dass die Afrikapolitik schon immer ein wichtiger Bestandteil der „unabhängigen Außenpolitik“ Chinas gewesen sei. Besonders hob er hervor, dass die afrikanischen Länder wichtige Schritte auf dem Weg vorangekommen seien, die Angelegenheiten ihres Kontinents selbst zu lösen. China habe mit dem Sino-afrikanischen Kooperationsforum im vergangenen Jahr dokumentiert, dass es Afrika immer unterstütze, wofür China auch große Anerkennung seitens der afrikanischen Länder erfahren habe. (XNA, 22.3., 23.3., 24.3.01) -kg-

Innenpolitik

10 Jahrestagungen des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz

In der ersten Märzhälfte fanden in Beijing die Jahrestagungen des Nationalen Volkskongresses (5.-15. März) und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (3.-11. März) statt. Eine Analyse der wichtigsten Inhalte sowie der politischen Implikationen findet sich in dem Beitrag „Loyale Ambitionen. Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses“ in diesem Heft. Zu dem Zehnten Fünfjahresplan für die Jahre 2001-05, der im Mittelpunkt der Agenda stand, vergleiche den Beitrag von Margot Schüller ebenfalls in diesem Heft. -hol-

11 Außerordentliche Einberufung einer Zentralen Arbeitskonferenz in Beijing

Bereits Mitte Februar war in Beijing eine Zentrale Arbeitskonferenz einberufen worden, die damals in der offiziellen Presse – abgesehen von dem Hinweis, dass es sich um ein „wichtiges“ Ereignis gehandelt habe – nur eine sehr knappe Erwähnung fand. Erst im Lauf des Monats März sind in den Hongkonger und internationalen Medien einige Informationen über die Inhalte der Tagung bekannt geworden.

Für gewöhnlich ruft das Politbüro der KPCh Zentrale Arbeitskonferenzen (*zhongyang gongzuo huiyi*) im Vorfeld von Plenartagungen des Zentralkomitees zusammen. Regelmäßig finden Zentrale Arbeitskonferenzen im Sommer statt, wenn die Partei- und Staatsführung in dem Badeort Beidaihe zusammenkommt. Die diesmalige Einberufung einer solchen Konferenz im Februar deutet darauf hin, dass die Führung einen besonders dringlichen Bedarf sah, zumal erst im Januar eine erweiterte Tagung des Politbüros stattgefunden hatte.

Nach nicht offiziellen Angaben nahm an der dreitägigen Konferenz vom 12. bis 14. Februar ein sehr großer Kreis von über 2.000 Personen teil. Dieser setzte sich aus hochrangigen Vertretern aller Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Regionen, allen Ministerien und sonstigen Organen des Staatsrats, den verschiedenen Waffengattungen des Militärs, des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes sowie der Volksgerichtshöfe und Volksstaatsanwaltschaften zusammen. Außer Frau Wu Yi, die sich auf einer Auslandsreise befand, waren alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros anwesend. Sämtliche sieben Mitglieder des Ständigen Ausschusses hielten auf der Tagung Reden.

Wie den Quellen zu entnehmen ist, bestand der Hauptzweck der Konferenz darin, die Einigkeit der Parteiführung angesichts drängender Herausforderungen zu beschwören. Motto aller Beiträge soll gewesen sein, dass man sich in Zukunft „noch enger“ um Jiang Zemin als den „Kern“ der Parteiführung scharen wolle. Im Vordergrund sollen dabei der Falungong-Konflikt, der im Januar erneut eskaliert war, sowie die Veröffentlichung der *Tiananmen-Akte* (vgl. dazu Übersicht unten) ebenfalls im Januar gestanden haben. Im Kontext dieser beiden Themen soll Jiang Zemin mehrere Male gewarnt haben, dass Chinafeindliche Kräfte des westlichen Auslands versuchten, die Kommunistische Partei zu spalten und die staatliche Führung zu schwächen. Schaffe man es nicht, mit diesen Angriffen auf die Einheit der Partei innerhalb des kommenden Jahres fertig zu werden, könnte es tatsächlich zu einer Spaltung zwischen

älteren und jüngeren Mitgliedern der Führungsspitze kommen.

Als weitere Herausforderungen für die Parteiführung sollen außerdem die desolate sozioökonomische Situation in manchen ländlichen Regionen Chinas, der bevorstehende Beitritt zur Welt handelsorganisation, die weitere Vertiefung der Reformen im Zuge der Umsetzung des Zehnten Fünfjahresplans sowie die grassierende Korruption diskutiert worden sein.

Die Wahrung der Einheit der Parteiführung erscheint umso vordringlicher, als ab dem kommenden Jahr der Wechsel von der dritten auf die vierte Führungsgeneration ansteht. Vor diesem Hintergrund soll sich die Zentrale Arbeitskonferenz daher schließlich auch intensiv mit Personalfragen befasst haben, die auf öffentlichen Tagungen bislang weitestgehend ausgespart geblieben sind. (RMRB, 15.2.01; IHT, 9.3.01; JB, 01/3, S.24-25; ZM, 01/3, S.6-8) -hol-

12 Neubesetzung zweier Ministerämter

Im Kabinett Zhu Rongjis sind das Amt des Leiters der Kommission für Wirtschaft und Handel (engl.: SETC) und des Ministers für Wissenschaft und Technologie neu besetzt worden. An die Stelle des bisherigen Leiters der SETC, Sheng Huaren, trat sein bisheriger Stellvertreter Li Rongrong. Zhu Lilan wurde in ihrem bisherigen Amt als Ministerin für Wissenschaft und Technologie von ihrem Stellvertreter Xu Guanhua abgelöst. Die Neubesetzungen waren bereits in der letzten Februarwoche informell bekannt geworden, wurden aber erst im Vorfeld der Jahrestagung des NVK offiziell bestätigt.

Der 65-jährige Sheng Huaren war im Jahr 1998 zum Leiter der SETC ernannt worden, als diese im Zuge einer umfassenden Reorganisation des Staatsrats zu einem „Superministerium“ mit erweiterten Koordinationsfunktionen aufgewertet worden war. Zuvor war er Präsident der China National Petrochemical Corporation (Sinopec) gewesen.

Nach offiziellen Angaben schied Sheng Huaren wegen Erreichen der Altersgrenze aus dem Kabinett aus. Kom-

CHINA aktuell

mentatoren halten diese Begründung jedoch nicht für glaubwürdig, da gemäß der üblichen Praxis nichts dagegen gesprochen hätte, ihn bis zum Ablauf der Amtszeit des gegenwärtigen Kabinetts im Jahr 1993 im Amt zu belassen. Stattdessen gäbe es verschiedene Hinweise, dass Sheng Huairen seit dem Antritt seines Amtes intern zunehmend Kritik auf sich gezogen habe, weil er seiner Aufgabe nicht gerecht geworden sei. Generell fehle ihm die fachliche Kompetenz im Bereich makroökonomischer Regulierung und Kontrolle. Auch sei die Reform der Staatsbetriebe, die unter der besonderen Verantwortung der SETC stehe, unter seiner Führung nicht im erwünschten Maße vorangekommen. Schließlich soll ihm die Häufung schwerwiegender Unfälle im staatlichen Industriesektor zur Last gelegt worden sei. Wie viele ehemalige Minister wurde auch Sheng Huairen in den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses gewählt.

Sein Nachfolger, der 56-jährige Li Rongrong, gilt demgegenüber als erfahrener Ökonom. Als ein Technokrat der neuen Generation verfügt der in Shanghai gebürtige Li über eine Hochschulausbildung im Bereich Chemie-Ingenieurwesen. Er war im April 1996 zum stellvertretenden Minister der SETC ernannt worden. Nachdem er im Jahr 1998 vorübergehend als stellvertretender Leiter in die Staatliche Kommission für Entwicklungsplanung übergewechselt war, wurde er im Januar 2001 als stellvertretender Leiter mit ausführenden Kompetenzen in die SETC zurückberufen – Kommentatoren vermuten, dass Zhu Rongji diesen Schritt mit der gezielten Absicht unternommen habe, seinen Protegé dort auf das Amt des Leiters der Kommission vorzubereiten.

Während seiner Amtszeit in der SETC war Li Rongrong mit der Reform der Staatsbetriebe betraut, insbesondere mit Fragen der Umwandlung von staatseigenen Unternehmen in Aktiengesellschaften, der finanziellen Konsolidierung maroder Betriebe, der Anwerbung ausländischer Investitionen, des Börsengangs einiger großer Konzerne sowie der industriellen Sicherheit. Daneben besitzt Li Rongrong auch Erfahrungen in der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Viele Beobachter sehen in der Beru-

fung Li Rongrongs zum Leiter der SETC nicht nur eine optimale Besetzung des Amtes, sondern messen ihm auch gute Chancen für einen raschen Aufstieg innerhalb der staatlichen Führungselite zu.

Erheblich weniger Aufsehen und Spekulationen erregte die Neubesetzung des Amtes des Ministers für Wissenschaft und Technologie. Die 66-jährige Zhu Lilan, die das Amt seit 1998 innegehabt hatte, schied aus Altersgründen aus. Gleichzeitig wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden des NVK-Fachausschusses für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit ernannt (vgl. den Beitrag zur Jahrestagung des NVK in diesem Heft). Ihr Nachfolger, der 1941 in Shanghai geborene Xu Guanhua, war lange Jahre an der Chinesischen Akademie für Wissenschaften tätig gewesen, bevor er 1998 zum stellvertretenden Minister für Wissenschaft und Technologie ernannt wurde. (Xinhua, 28.2.01, nach BBC PF, 28.2.01; XNA, 1.3.01; SCMP, 26.2.01; *Sing Tao Jih Pao*, 27.2., 11.3.01, nach FBIS, 27.2., 12.3.01) -hol-

13 Weitere Verhärtung der Fronten im Falungong-Konflikt

Im seit nunmehr zwei Jahren andauernden Falungong-Konflikt haben sich die Positionen auf Seiten der staatlichen chinesischen Führung wie auch auf Seiten der Falungong-Bewegung weiter verhärtet.

Das theoretische Parteiorgan *Qiushi* veröffentlichte zum 1. März einen ausführlichen Beitrag über die Unterstützung des Falungong-„Kultes“ durch feindliche Kräfte im Ausland. Sind ähnliche Vorwürfe von offizieller chinesischer Seite schon seit langem erhoben worden, so benennt der nun veröffentlichte Beitrag konkret verschiedene Akteure, die in der Absicht, „gegen die Kommunistische Partei Chinas, den Sozialismus und die chinesische Regierung zu opponieren“, gezielt mit dem Gründer von Falungong, Li Hongzhi, zusammenarbeiten würden. Zu diesen zählten Vertreter verschiedener Organisationen innerhalb der Demokratiebewegung in den USA, deren Mitglieder dort zum Teil Führungsfunktionen in der Falungong-

Bewegung übernommen hätten; konkret genannt wird auch das Information Centre for Human Rights and Democracy in Hongkong, dessen Leiter (Frank Lu) sich als Sprecher für die Bewegung habe instrumentalisiert lassen, sowie die stellvertretende Präsidentin Taiwans, Annette Lu, die durch ihr Auftreten auf einer Versammlung mehrerer tausend Falungong-Anhänger im Dezember 2000 ihre Unterstützung für die Bewegung signalisiert habe.

Der Unterstützung von Falungong durch westliche Anti-China-Kräfte lägen die gleichen Motive zugrunde wie den Widerständen gegen den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation oder dem Eintreten für die Verabschiedung einer Resolution der UNO-Menschenrechtskommission gegen China. Die Bevölkerung Chinas habe die üblen Absichten der Anti-China-Kräfte aber durchschaut und würde sich nicht länger täuschen lassen.

Die Serie der Strafprozesse wurde mit Urteilen gegen 37 weitere Falungong-Anhänger fortgesetzt, die Anfang März von fünf verschiedenen Gerichten in Beijing ausgesprochen wurden. Die Personen, die wegen Verbreitung der Falungong-Lehre und Organisation illegaler Versammlungen angeklagt worden waren, wurden zu Haftstrafen bis zu zehn Jahren verurteilt.

Die staatliche Propagandakampagne gegen die Falungong-Bewegung, die anlässlich der Selbstverbrennungen von fünf als Falungong-Anhänger identifizierten Personen im Januar erheblich intensiviert worden war (vgl. C.a., 2000/1, Ü 13, 2000/2, Ü 13), erhielt erneuten Auftrieb, als Mitte März offiziell gemeldet wurde, dass eine der Fünf, die zwölfjährige Liu Siying, ihren Verbrennungen erlegen ist. Das Mädchen, das wenige Tage nach der versuchten Selbstverbrennung noch von den staatlichen Medien interviewt worden war, starb nach Angaben der Ärzte an einer in der Folge schwerer innerer Verbrennungen entstandenen Herzmuskelentzündung. Auch die anderen drei Personen, die die versuchte Selbstverbrennung überlebt hatten, sollen sich noch in kritischem Zustand befinden.

Auf der Gegenseite wuchs unterdessen das Widerstandspotenzial der Fa-

lungong-Bewegung weiter. Der in den USA lebende Li Hongzhi hat im März in neuen Schriften, die auch im Internet verbreitet werden, Falungong-Praktizierende ermutigt, sich durch die rigide Verfolgung der chinesischen Führung nicht von ihrer Überzeugung abbringen zu lassen. Zwar wird nicht explizit zu aktivem Widerstand aufgerufen, jedoch legen die Beiträge nahe, unbeirrt mit dem Praktizieren von Falungong fortzufahren.

So ist in einem Text mit dem Titel „Coercion Cannot Change People's Hearts“ etwa zu lesen: „The evil has utilized the power in bad people's hands to create turmoil for nearly two years [...]. Being threatened severely, deceived, and pressured greatly by all those indecent means, some students have written things like the so-called 'guarantees to stop practicing' or 'statements of repentance' when they were not in their right minds and forced. None of those were genuine expressions from the student's hearts – they were done against their wills. [...] When they return to their senses, they will immediately start doing again what a Dafa [synonym für Falungong] student should do during this time. [...] The evil's persecution in China [...] will lead people to completely distrust the ruling party and its regime, and to disobey the government.“ (www.clearwisdom.net) Nach Meinung internationaler Kommentatoren wächst durch die Verbreitung derartiger Äußerungen des „Meisters“ Li Hongzhi der moralische Druck auf Falungong-Anhänger, sich angesichts der fortgesetzten Eskalation des politischen Konflikts in eine Märtyrerhaltung zu begeben.

Vertreter beider Konfliktparteien sind anlässlich der Mitte März tagenden UNO-Menschenrechtskommission in Genf zusammengestoßen. Während am 19. März Hunderte von Falungong-Anhängern vor dem UNO-Gebäude gegen die Maßnahmen der chinesischen Regierung protestierten, präsentierte eine Abordnung der jüngst unter offizieller Ägide in China gegründeten „Anti-Kult-Vereinigung“ das Ergebnis einer in China durchgeführten Unterschriftenkampagne gegen Falungong. Auf hundert jeweils einhundert Meter langen Bannern waren über 1,5 Millionen Unterschriften verzeichnet, die in den vergangenen Wochen unter zahl-

reichen Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen gesammelt worden waren (vgl. C.a., 2000/2, Ü 13). (XNA, 27.2., 1., 2., 19., 21., 24.3.01; Xinhua, 19.3.01, nach BBC PF, 19.3.01; Qiushi, 1.3.01, nach BBC PF, 1.3.01; SCMP, 19.3.01; IHT, 8., 19.3.01; NZZ, 21.3.01; WSJ, 27.3.01) -hol-

14 Reaktionen auf Veröffentlichung der *Tiananmen-Akte*

Nachdem im Januar dieses Jahres in den USA und zahlreichen anderen Ländern das Buch *Die Tiananmen-Akte* (englisch: *The Tiananmen Papers*) publiziert worden ist, das den politischen Entscheidungsprozess im Kontext der Ereignisse vom Frühjahr 1989 nachzeichnet (vgl. C.a., 2000/1, Ü 11), sind nun unterschiedliche Reaktionen der chinesischen Führung bekannt geworden.

Nach außen hin hält man offiziell an der Haltung fest, dass es sich bei der Publikation um eine politisch motivierte Fälschung handle, die darauf abziele, China zu destabilisieren. Man werde nicht von dem Standpunkt abrücken, dass die Niederschlagung der Studentenbewegung im Juni 1989 korrekt und notwendig gewesen sei. Hätte die Führung damals keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, so äußerten sich Regierungssprecher wiederholt, würde sich China nicht einer so positiven Wirtschaftsentwicklung und sozialen Stabilität erfreuen, wie es dies heute tut.

Weniger offensiv geht man mit der Publikation im Lande selbst um. Gegenüber der breiten Bevölkerung sind verschiedene Mittel ergriffen worden, um die Verbreitung der Inhalte des Buches möglichst zu verhindern. So ist der Grenzschutz angewiesen, die Einfuhr von Exemplaren der Publikation zu unterbinden. Ausländische Magazine, in denen über das Buch berichtet wurde (u.a. drei Ausgaben der deutschen Wochenzeitschrift *Der Spiegel*) sind nicht oder nur unvollständig erhältlich. Recherchen ausländischer Journalisten zu Folge scheinen außerdem wirksame Internetfilter im Einsatz zu sein, die eine elektronische Weitergabe entsprechender Informationen verhindern.

Gegenüber führenden Funktionären betreibt die staatliche Führung hin-

gegen eine Strategie der „Immunsierung“: Zwar ist auch diesen untersagt, die Inhalte der Publikation „zu glauben oder zu verbreiten“, jedoch wird das Thema hier durchaus zur Sprache gebracht. Wie aus Hongkonger Medien zu erfahren war, wurden Mitte März alle Regierungsbeamte von der Vize-ministerebene aufwärts sowie Armeeangehörige mit entsprechenden Rängen dazu verpflichtet, sich einen über vier Stunden langen Dokumentarfilm anzusehen. Der Film mit dem Titel „Die Lektion der Geschichte“ vereint zahlreiche Materialien, durch die nachgewiesen werden soll, dass es sich bei der *Tiananmen-Akte* um eine vollständige Fabrikation handle. Ferner soll der Film, indem er nicht nur die Ereignisse des Frühjahrs 1989 in China, sondern auch den Kollaps der früheren Sowjetunion und der sozialistischen Systeme in Osteuropa nachzeichnet, seine Zuschauer daran erinnern, dass die VR China nicht dort stünde, wo sie heute steht, hätte die Führung sich damals nicht zu dem „korrekten“ militärischen Einsatz entschlossen. Auch die damaligen Positionen von Jiang Zemin und Li Peng, die der Verurteilung des damaligen Generalsekretärs der Partei Zhao Ziyangs wegen „Spaltung der Partei“ und „Unterstützung des Aufruhrs“ zustimmten, werden in dem Streifen als korrekt bestätigt.

Für Perry Link, einen der Herausgeber der *Tiananmen Papers*, deuten die Reaktionen der chinesischen Führung darauf hin, dass die Inhalte des Buches intern sehr ernst genommen werden. Seiner Ansicht nach besteht daher durchaus die Möglichkeit, dass die erneute Thematisierung innerhalb der politischen Elite in der mittleren Frist zu einer offiziellen Neueinschätzung der Ereignisse des Jahres 1989 führen könnte.

Unterdessen ging die Auseinandersetzung um die Authentizität der publizierten Materialien weiter. Die Veröffentlichung der chinesischen Version, die für April erwartet wird, dürfte die Debatte um neue Nuancen bereichern. Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, dass die chinesische Ausgabe Licht in das Dunkel bringen wird, da sie nach den Angaben der Herausgeber zwar im Vergleich zur englischen Version eine größere Auswahl an Dokumenten präsentiert, auf Quellennachweise aber verzichtet wird. (XNA, 7.3.01;

JB, 01/4, S.22-24; ZM, 00/4, S.7-9; SCMP, 15., 22.3.01; FT, 27.3.01; HB, 3.2.01) -hol-

15 108 Tote bei Explosionen in Shijiazhuang

Am frühen Morgen des 16. März ereigneten sich in Shijiazhuang, der 250 km südwestlich von Beijing gelegenen Hauptstadt der Provinz Hebei, vier Explosionen. Im Verlauf von etwas mehr als einer Stunde wurden vier Wohnhäuser beschädigt. Nach offiziellen Angaben kamen bei den Explosionen 108 Menschen ums Leben; 38 weitere erlitten Verletzungen.

Die Explosionen ereigneten sich einen Tag, nachdem Ministerpräsident Zhu Rongji sich in den staatlichen Medien für voreilige Fehlmeldungen über die Ursachen einer Explosion in einer Schule in der Provinz Jiangxi am 12. März entschuldigt hatte, bei der 42 Schulkinder ums Leben gekommen waren (vgl. dazu die Übersicht unten). Vor diesem Hintergrund betrieben die zuständigen Stellen nun eine umso zurückhaltendere Informationspolitik. Ausländischen Journalisten wurde der Aufenthalt vor Ort verweigert und den heimischen Medien eine eigenständige, von den offiziellen Xinhua-Meldungen abweichende Berichterstattung untersagt. Aus diesen ging zunächst nur hervor, dass ein 40-jähriger, bereits vorbestrafter und wegen Mordes an seiner Freundin gesuchter Mann namens Jin Ruchao verdächtigt wurde, den Anschlag verübt zu haben.

Angesichts der spärlichen Informationen wurden zahlreiche Spekulationen über mögliche Hintergründe und Motive der Sprengstoffanschläge laut. So wurde als unglaubwürdig empfunden, dass eine einzelne Person die Explosionen in den zum Teil mehrere Kilometer auseinander liegenden Häusern verursacht haben könnte. Da es sich bei zwei der betroffenen Gebäude um Wohnhäuser einer Baumwollspinnerei handelt, die in den vergangenen Jahre zahlreiche Arbeitskräfte freigesetzt hatte, wurde gemutmaßt, dass die Explosionen als Protest von ehemaligen Arbeitern der Fabrik gegen die äußerst schwierige soziale Lage zu werten seien. Auch wurde Unmut über die verbreitete Korruption als möglicher Beweggrund für die Anschläge diskutiert.

Den Spekulationen wurde erst eine Woche später ein Ende gesetzt, als der Hauptverdächtige Jin Ruchao, nach dem landesweit gefahndet worden war, in der Provinz Guangxi nahe der vietnamesischen Grenze von Sicherheitskräften festgesetzt wurde. Nach Angaben der staatlichen Medien legte Jin nach am Ort seiner Verhaftung ein Geständnis ab. Danach habe er die Sprengstoffanschläge aus persönlicher Rache gegen verschiedene Mitglieder seiner eigenen Familie und der seiner ehemaligen Frau sowie gegen Nachbarn verübt. Die Personen, denen die Anschläge galten, seien in den vier betroffenen Gebäuden wohnhaft gewesen oder hätten dort Eigentum besessen. Am Morgen des 16. März habe er sich mit Taxis von Ort zu Ort bewegt und das zuvor deponierte Explosionsmaterial, das leicht zu beschaffen gewesen sei, gezündet.

Das Nachrichtenmonopol der staatlichen Xinhua-Agentur beeinträchtigt auch in diesem Fall die Glaubwürdigkeit der Meldungen, ohne dass die Möglichkeit bestünde, alternativen Informationen nachzugehen. Wie so oft bestanden auch diesmal die offiziellen Meldungen in einer Mischung aus übermäßig detaillierten Einzelinformationen, fragwürdigen Evidenzen (etwa die Aussagen, dass Jin Ruchao den Personalausweis der von ihm ermordeten Frau bei sich trug, oder dass er schon früher ein besonderes Interesse für Explosionsmaterialien gezeigt habe) und der Aussparung zentraler Aspekte (etwa der Frage, ob die Personen, denen die Anschläge angeblich gegolten hatten, unter den Toten seien). Diese Art offizieller Informationspolitik erscheint angesichts der Häufung schwerer Unfälle und Katastrophen als zunehmend inadäquat und birgt selbst erheblichen sozialen Sprengstoff in sich. (XNA, 23.3.01; SCMP, 17., 19., 20., 24., 27., 26.3.01; *Economist*, 24.3.01; IHT, 17., 19., 24.3.01; WSJ, 17., 25.3.01; FT, 19.3.01; SZ, 19.3.01) -hol-

16 Kampagne zur Aufklärung von Steuerbetrug: Schwerpunkt Guangdong

Nach Hongkonger Meldungen ist im März eine groß angelegte Kampagne zur Aufklärung von Steuerbetrug und

anderen Korruptionsaktivitäten ange laufen. Eine staatliche Spezialeinheit soll bis September in elf südostchinesischen Provinzen, darunter vor allem in der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai sowie in der Provinz Guangdong Untersuchungen durchführen.

Guangdong ist damit erneut Fokus der Korruptionsbekämpfung geworden, nachdem bereits im Jahr 1999 in Zhanjiang im äußersten Südwesten der Provinz ein schwerer Schmuggelskandal aufgedeckt worden war (vgl. C.a., 1999/4, Ü 6). Innerhalb Guangdongs scheinen die Sonderwirtschaftszone Shantou sowie die Stadt Chaoyang im Osten der Provinz im Mittelpunkt der gegenwärtigen Ermittlungen zu stehen.

So sind bereits Anfang des Monats in Guangdong sieben Personen, darunter zwei Steuerbeamte und ein ehemaliger Staatsanwalt, wegen Steuerbetrugs zum Tod verurteilt worden. Die finanziellen Schäden wurden vor allem durch Scheinfirmen verursacht, die in Shantou und Chaoyang registriert waren. Ende März wurde außerdem bekannt, dass der Parteisekretär von Shantou, Zhuang Lixiang, seines Amtes enthoben worden ist. Sein Nachfolger ist der frühere stellvertretende Parteisekretär der Sonderwirtschaftszone Shenzhen, Li Tongshu. Gemeldet wurde schließlich ebenfalls Ende März, dass Zhang Guixi, dem Direktor einer großen Textilfirma mit Sitz in Chaoyang, der im Jahr 1998 zum Mitglied des Nationalen Volkskongress – als einer der wenigen dort vertretenen Privatunternehmer – ernannt worden war, sein Delegiertenstatus aberkannt worden ist. Er war verhaftet worden, nachdem sein Unternehmen, das ehemals Auszeichnungen als Modellbetrieb erhalten hatte, des Steuerbetrugs überführt worden war.

Eine offenbar sehr häufige Form des Steuerbetrugs besteht in der Erschleichung von Steuerrückerstattungen, die auf Exportgüter gewährt werden. Die Praxis der Gewährung von Steuernachlässen für Exporte wurde 1985 in China eingeführt; bei Nachweis der Ausfuhr von Produkten werden bis zu 17% der Mehrwertsteuer erlassen, die auf der Vertriebsseite anfallen. Bisher sei es ein Leichtes gewesen, aus dieser Steuervergünstigung geldwerte Vorteile zu ziehen, indem man gefälscht-

te Steuernachweise, Exportbestellungen und Zollpapiere vorwies. Zum Teil sollen als Exportgüter ausgewiesene Produkte auf dem heimischen Markt verkauft und leere Container zwischen Guangdong und Hongkong hin und her transportiert worden sein, um an die nötigen Papiere zu gelangen.

In Chaoyang soll außerdem ein komplexes Geldwäschesystem aufgedeckt worden sein: Darin wurden illegale Einnahmen durch Untergrundbanken nach Nordwestchina transferiert und dort auf dem Schwarzmarkt gegen Devisen eingetauscht. Diese wurden dann nach Hongkong geschmuggelt und dort auf Bankkonten deponiert. Von dort wanderten die Devisen – „getarnt“ als Bezahlung für die fiktiven Exporte – schließlich zurück auf Bankkonten in Chaoyang.

Die jüngste Kampagne dürfte Teil intensiver staatlicher Anstrengungen sein, den weit verbreiteten Steuerbetrug einzudämmen und das Volumen staatlicher Fiskaleinnahmen, das bis in die frühen neunziger Jahre hinein stetig zurückgegangen war, zu konsolidieren. Seit der Einführung eines neuen Steuerverbundsystems in den Jahren 1993/94 haben sich zwar erste zögerliche Erfolge eingestellt, doch gehen dem Staat durch Steuerbetrug jedes Jahr noch immer enorme Finanzmittel verloren. (SCMP, 3., 26., 31.3.01). -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

17 Wissenschaft und Technik im neuen Fünfjahresplan

In seinem Bericht über den 10. Fünfjahresplan vor der NVK-Vollversammlung am 5. März 2001 betonte Ministerpräsident Zhu Rongji, dass der Strategie „Wissenschaft und Erziehung sollen das Land zur Blüte führen“ nach wie vor große Bedeutung zukomme. Er rief zu verstärkten Anstrengungen auf dem Gebiet der Hightech-Forschung auf, die von großer strategischer Wichtigkeit sei. In einer Reihe von Schlüsselgebieten, die für die Volkswirtschaft und die na-

tionale Sicherheit entscheidend seien, müssten Durchbrüche erzielt werden; die eigene Innovationsfähigkeit und produktive Umsetzung von Hightech-Forschungsergebnissen müssten intensiviert werden, wobei der Schwerpunkt auf der Verarbeitung agrarischer Produkte, der Herstellung von Anlagen und Ausrüstung, der Einsparung von Wasser und Energie und der Nachbehandlung von Textilprodukten zu liegen habe. Grundlagenforschung ebenso wie angewandte Forschung seien zu stärken, insbesondere auf Gebieten, die für Chinas Entwicklung wichtig seien. In diesem Zusammenhang nannte Zhu die Genforschung, Informationswissenschaft, Nanowissenschaft, Ökologie und Geowissenschaften. Zugleich wies der Ministerpräsident darauf hin, dass Forschungsinstitute weiter ermutigt werden sollten, sich mit Technologieentwicklung zu befassen und sich entweder mit Unternehmen zu verbinden oder selbst Unternehmen zu werden. (Vgl. RMRB, GMRB, 17. u. 18.3.01) -st-

18 Genforschung

Der Genforschung und Gentechnologie wurde auf der NVK-Vollversammlung im März 2001 besondere Aufmerksamkeit zuteil, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen unternahm der Shanghai-NVK-Delegierte und Präsident der Shanghai-Akademie der Sozialwissenschaften Zhang Zhongli einen Vorstoß, mit dem er ein Gesetz zum Schutz des Genmaterials forderte. Ein solches Gesetz soll verhindern, dass Genmaterial aus China ins Ausland gelangt. Als Begründung wurde angeführt, dass China wie viele Entwicklungsländer in hohem Maße einzigartiges Genmaterial besitzt, das aufgrund der zahlreichen auf chinesischem Boden lebenden Volksstämme und der geringen Mobilität der Bevölkerung bewahrt werden konnte. Das Material sei eine seltene Ressource, die Ausländern nicht ohne Genehmigung zur Verfügung gestellt werden dürfe. Auch dürfe China nicht weiter tatenlos zusehen, dass an Chinesen entdeckte, für bestimmte Krankheiten verantwortliche Gene im Ausland patentiert würden.

Zum anderen wiesen die Delegierten Shanghais und Zhejiangs, das ebenfalls in der Biotechnologie führend ist, auf die Notwendigkeit hin, dass China die Biowissenschaften verstärkt fördere, weil die Lebenswissenschaften im 21. Jahrhundert zur wichtigsten Wissenschaft würden. Auf diesem Gebiet müsse China eine herausragende Rolle spielen; es müsse in diesem Jahrhundert einer der Hauptakteure in der Welt hinsichtlich der Gentechnologie sein. Wie Yang Huanming, der Direktor des Human Genome Research Centre der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, in einem Xinhua-Interview sagte, sei es höchst wahrscheinlich, dass China in diesem Jahrhundert einer der Weltführer in der Biologie sein werde. Zhang Zhongli führte vor dem NVK aus, dass man auf dem Gebiet der Biotechnologie wichtige Durchbrüche zu erzielen hoffe, die Lösungen für so lebenswichtige Probleme Chinas böten wie Ernährung, Bevölkerung und Gesundheit sowie Ressourcen, insbesondere Energie. Schon jetzt sei China in der Welt führend in Bezug auf Hybridreis-Forschung und leiste damit einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Ernährungsfrage. Zudem würde genveränderte insektenresistente Baumwolle in China vermarktet, während genveränderte Getreidesorten wie Weizen und Mais zwar entwickelt, aber noch nicht genehmigt worden seien. In Bezug auf biologische Medikamente seien große Fortschritte gemacht worden; seit 1989 seien 18 mit Hilfe von Gentechnologie entwickelte Pharmazeutika und Impfstoffe auf dem Markt, und mehr als 30 seien klinisch getestet worden. Überdies würde in klinischer Forschung Gentherapie angewendet. Ein anderer Wissenschaftler für Biotechnologie, Qiang Boqing, machte auf Forschungsprogramme aufmerksam, die die Sequenzierung des Genoms vom Schwein und Hybridreis durchführten mit dem Ziel, schnellwachsende Schweine und Hochertragsreis zu züchten, zwei wichtige Aufgaben bei der Lösung der Ernährungsfrage. Und nicht ohne Stolz wies er darauf hin, dass China an dem Human Genome Project teilgenommen habe. Mit seiner Fähigkeit, das menschliche Genom zu entschlüsseln, habe China Weltniveau auf diesem Gebiet erreicht und eine solide Grundlage für weitere Genomprojek-